

TransSOL Research Summary 5: **Transnationale Solidarität in der Öffentlichkeit**

Medienanalyse: Kollektive Identitäten und öffentliche Solidarität (WP5)

Einleitung

Die öffentliche Meinung zu Flüchtlingen, wie sie in den Medien dargestellt wird, lässt sich, zumindest zu Beginn, als überwiegend von Unterstützung geprägt bezeichnen. Angestoßen von der Entscheidung Deutschlands zur Öffnung der Grenzen, nahm die Diskussion um europäische Solidarität mit der zunehmenden Verlagerung von sich zuvor außerhalb der Grenzen abspielenden Tragödien in die Mitte Europas an Fahrt auf. In jenem September 2015 berichteten die Medien begeistert über die „Willkommenskultur“ und die große Solidarität der Bürger mit ankommenden Flüchtlingen. In der Folgezeit kam es jedoch unter dem starken Einfluss von Ereignissen wie den Terroranschlägen in Paris, zunehmend zu politischen Auseinandersetzungen über Migrationsmanagement und die Integration von Flüchtlingen. Diese Diskussionen beschränkten sich allerdings weitestgehend auf den Länderkontext. Die für dieses TransSOL Arbeitspaket durchgeführte Analyse beleuchtet die Meinungsverschiedenheiten zwischen Politikern und anderen Akteuren und zeigt auf, wie die Menschen in Europa, und insbesondere Politiker, zwar offiziell in Solidarität vereint sind, sich jedoch, vor allem im Kontext der europäischen Integration, mit der Auslegung und Umsetzung dieser Solidarität schwertun.

Belege und Analyse

Solidarität ist ganz allgemein als die Bereitschaft zum Teilen von Ressourcen definiert. Dies scheint bei der Diskussion um Flüchtlinge von besonderer Bedeutung zu sein, denn sie

kommen zu uns als Menschen, die ihr gesamtes Hab und Gut und sogar Angehörige verloren oder in unsicheren, kriegsgeplagten Ländern zurückgelassen haben. Mit der Masse an Asylsuchenden, die Mitte 2015 eintraf, trat das Thema massiv in den Vordergrund. Die sogenannte „Flüchtlingskrise“ wurde durch die Entscheidung von Kanzlerin Angela Merkel, das Dubliner Übereinkommen auszusetzen, noch verschärft. Das Übereinkommen sieht vor, dass sich Flüchtlinge in ihrem EU-Ersteinreiseland registrieren lassen müssen und somit an weiteren EU-Binnengrenzen abgewiesen werden können. Durch seine Aussetzung konnten Flüchtlinge nun ungehindert nach Deutschland reisen. Die Entscheidung wurde zunächst als historischer Sieg der Menschenrechte über nationale Interessen gefeiert, jedoch später zunehmend als naiv und verantwortungslos angeprangert, da sie Terroristen und sogenannten Wirtschaftsflüchtlings aus sicheren Ländern, die keine Hilfe „verdienen“, die Türen öffnete. Die große Welle von Flüchtlingen, die im September 2015 und in den folgenden Monaten in der EU eintraf, bedeutete einen weiteren Lackmustest für die bereits durch frühere Krisen geschwächte europäische Solidarität. Eben diese kritische Auseinandersetzung mit der Solidarität steht im Mittelpunkt des fünften TransSOL Arbeitspakets.

Die kritische Auseinandersetzung mit Flüchtlingspolitik findet hauptsächlich in den Nachrichtenmedien statt; hier werden Themen auf unterschiedliche Weisen dargestellt und Argumente sowie ihre Befürworter oder Gegner einem größeren Publikum präsentiert. Indem TransSOL die kritische Auseinandersetzung mit der Solidarität in den Medien

ausleuchtet, leistet das Projekt einen Beitrag zur politischen und akademischen Diskussion, bei der die Darstellung der „Krise“ und der Flüchtlinge als solche bisher im Vordergrund stand. Genauer gesagt haben TransSOL-Teams Claims sowie User-Kommentare auf Facebook ausgewertet, um herauszufinden, wer aus welchen Gründen Solidarität mit Flüchtlingen befürwortet oder nicht.

In Solidarität gespalten: Zwischen „Willkommenskultur“ und Migrationsmanagement

Die Debatte um Solidarität mit Flüchtlingen wird, wie meistens in den Medien (und insbesondere in Krisen), von politischen Vertretern beherrscht, welche jedoch weniger Unterstützung für Flüchtlinge zum Ausdruck bringen. Hingegen sind Akteure der Zivilgesellschaft weniger sichtbar, fördern aber stärker die Solidarität mit Flüchtlingen.

Genauer gesagt gab es 2015 mehr Claims pro Solidarität als 2016 (Abbildung 1). Ein Abgleich der Kurven mit realen Ereignissen zeigt, dass sich Rückgänge direkt mit den Anschlägen in Paris vom 13. November 2015 und den Ereignissen der Silvesternacht 2015/16 in Köln in Zusammenhang bringen lassen. Diese Ereignisse, die ein Bild von Flüchtlingen als Terroristen und Belästiger erzeugten, führten zu einem erheblichen Rückgang der Solidarität mit Flüchtlingen und schufen Raum für Gegner der Solidarität, die soziale Ängste in Bezug auf Terrorismus und Fremdenfeindlichkeit ausnutzten.

Politische Akteure hatten die größte Sichtbarkeit in der Debatte: Bei 72 % der von uns kodierten Claims wurden politische Akteure (d.h. Vertreter von staatsähnlichen Institutionen, wie Abgeordnete, Ministerien, Exekutivagenturen, Bürgermeister, Regionalparlamente, die UN oder EU) als Sprecher erfasst. Bei den übrigen Sprechern handelte

es sich um Vertreter der Zivilgesellschaft im weitesten Sinne (z.B. Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, politische Gruppen und Organisationen, Bürger oder Kirchen), Forschungseinrichtungen, Unternehmen und sonstige Wirtschaftsakteure, Medien und Journalisten oder berühmte Persönlichkeiten. Schaut man sich an, wie in den beiden Gruppen der politischen und anderen Akteure in den verschiedenen Ländern Solidarität gefördert wurde, ist eine Kluft zu erkennen: Politische Akteure folgten zwar ähnlichen Trends, waren aber im Durchschnitt wesentlich negativer als die übrigen Sprecher (Abbildung 2).

Nationale Sprecher waren am stärksten vertreten (61 % aller Claims) (Abbildung 3 und Abbildung 4), während Sprecher auf regionaler (19 %) und transnationaler (20 %) Ebene weniger sichtbar waren. Auf regionaler Ebene herrscht ein höheres Maß an Solidarität, was annehmen lässt, dass Akteure in direktem Kontakt mit – an Bahnhöfen oder auf Inseln ankommenden – Flüchtlingen eher geneigt sind, diese zu unterstützen. Die Ergebnisse für Akteure auf nationalen Ebenen scheinen recht ernüchternd; hier zeigt sich ein stark negativer Trend. Doch bei inländischen Sprechern (d.h. Sprecher aus dem Land, für das der Claim kodiert wurde) erhielt Solidarität mehr Unterstützung als in Fällen, in denen nationale Sprecher aus einem anderen EU-Land kamen oder einen Nicht-EU-Hintergrund hatten. Somit scheint die negative Haltung hauptsächlich von außen „importiert“ zu werden.

Die hervorstechende Rolle von politischen Akteuren steht in direktem Zusammenhang mit der Tatsache, dass Migrationsmanagement (z.B. Grenzmanagement, Erfassung von Asylsuchenden, Umsiedlung von Flüchtlingen oder Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Ländern, wie der Türkei, zur Aufnahme von Flüchtlingen) in allen Ländern das meistdiskutierte Thema war (Tabelle 1). Claims zum Migrationsmanagement waren im Durchschnitt eher gegen Flüchtlinge gerichtet (Abbildung 5). Auf

Platz zwei folgten in den meisten Ländern die Migrationsursachen oder der Hintergrund und das Schicksal von Flüchtlingen, die zumeist in einem pro-solidarischen Kontext diskutiert wurden. Dies lässt annehmen, dass die Ursachen der Flüchtlingskrise als rechtmäßiger Grund anerkannt werden, aus dem Flüchtlinge auf der Suche nach einem besseren Leben ihre Heimat verlassen.

Bei Claims zur Frage der Integration von Flüchtlingen befürworteten die Sprecher einen eher positiven Ansatz gegenüber Flüchtlingen. Allerdings wurden die problematischen Folgen des massenhaften Flüchtlingszustroms, die auch die langfristige Integration von Flüchtlingen betrafen, eher negativ diskutiert. Solidarität lässt sich also durch die Erörterung der Krisenursachen einfacher fördern, aber die tatsächliche Umsetzung der Solidarität bei der Integration von Flüchtlingen ist stärker umstritten. Und schließlich waren die Claims zu gesellschaftlichem und bürgerschaftlichem Engagement sowie zur ehrenamtlichen Hilfe überwältigend positiv und stellten die pro-solidarische Funktion dieser Akteure, die häufig Defizite von durch die extrem erhöhte Arbeitsbelastung überforderten Behörden kompensierten, in den Vordergrund.

Die Formen der Claims (wie der Claim gemacht wurde) umfassten: politische Entscheidungen (17,7 %), direkte Solidaritätsaktionen und humanitäre Hilfe (7,5 %), Protestaktionen (10,4 %) und verbale Äußerungen (64,4 %). Bei den politischen Akteuren, also Vertretern von staatsähnlichen Institutionen (z.B. Kanzler, Bürgermeister, UN-Generalsekretär, EU-Kommissare oder Abgeordnete), waren verbale Äußerungen mit Abstand die häufigste Form der Claims. Dies zeigt, dass bei Politikern im Umgang mit der „Krise“ der Schwerpunkt eindeutig auf der politischen Debatte liegt (Tabelle 2 und Abbildung 6). Bei den anderen (d.h. nicht politischen) Akteuren ergibt sich ein ausgeglicheneres Bild. Sie verwenden in der

Diskussion unterschiedliche Formen von Claims. Diese Muster sind länderübergreifend sehr einheitlich und unterscheiden sich kaum. Sie lassen aber auch darauf schließen, dass zivilgesellschaftliche Akteure im öffentlichen Bereich eher durch Mobilisierung als „nur“ durch verbale Äußerungen sichtbar werden.

Pro-solidarische Claims stützen sich zumeist auf mit Menschenrechten oder Gleichheit in Zusammenhang stehende Begründungen. Auf einem stärker rationalen Ansatz basierende Begründungen und auf Identitätsaspekte, wie Nationalismus, verweisende Begründungen waren sehr häufig negativer. Bei den meisten Claims wurde aber keine Begründung erfasst (Abbildung 7).

Opposition von unten: Widerspruch gegen Solidaritätsclaims in den sozialen Medien

Die Debatte, die sich im September 2015 auf Facebook entwickelte, spiegelt nicht die gegenwärtig oft geführte Diskussionen um grobe Hassrede oder Filterblasen wider. Ganz im Gegenteil: Beim Widerspruch gegen Claims antworteten Facebook-User direkt auf Standpunkte in Nachrichtenmedien. Jedoch trat in den Kommentaren eine Dynamik der Gegenreaktion auf: Auf positive Claims folgen negative Kommentare und umgekehrt. Dies scheint die (Nicht-)Solidaritäts-Dynamiken, die den Mainstream-Diskurs in den Nachrichtenmedien dominierten, teilweise auszugleichen.

Eine Vielzahl der Facebook-Kommentare bezog sich auf die Claims oder Themen aus den Artikeln, unter denen sie veröffentlicht wurden. Ein geringerer Anteil der Kommentare leistete einen Beitrag zur allgemeinen Diskussion ohne direkt auf Claims zu antworten (Abbildung 10). Außerdem machten die Kommentatoren häufig eigene Claims (über

80 % der Kommentare). Dies lässt annehmen, dass die Bottom-up-Kommentare der Facebook-User überwiegend direkt auf die Top-down-Kommunikation in Zeitungsartikeln antworten. Entsprechend spiegeln sich die Themenmuster auch in den Kommentaren wider, wobei wiederum das Migrationsmanagement als umstrittenes Thema in den Vordergrund tritt (Abbildung 8). Dies widerspricht dem Bild von grober Hassrede oder von Filterblasen, das in Zusammenhang mit sozialen Medien häufig diskutiert wird. Zur Einordnung dieser Feststellung ist jedoch zu berücksichtigen, dass wir die Artikel mit den meisten Kommentaren und die Kommentare mit den meisten Likes kodiert haben und dass Zeitungen die Diskussionen auf ihren Facebook-Seiten moderieren und beispielsweise beleidigende oder diskriminierende Inhalte löschen.

Im Schnitt waren die Kommentare negativer als die Claims. Hier trat in fast allen Ländern ein interessantes „Gegenreaktions“-Muster zu Tage. Beispielsweise waren in Polen, wo die Claims in Zeitungsartikeln eher positiv waren, die Kommentare eher negativ. Das einzige Land, in dem diese Dynamik nicht auftrat, war Griechenland. Dort waren jedoch die Claims stark polarisiert und wertend, wohingegen die Kommentare häufig neutraler waren, was als eine andere Form von Gegenreaktion ausgelegt werden kann (Tabelle 4).

Somit scheint es, dass je positiver die Claims, desto negativer die Kommentare. Dies kann als Ausdruck von Kritik und Misstrauen gegenüber den meist politischen Vertretern, die als Sprecher erkennbar waren, interpretiert werden. Wenn überhaupt formuliert, enthielten Facebook-Kommentare Forderungen nach politischen Entscheidungen. Insgesamt jedoch enthielten 73 % der Claims keinerlei Handlungsaufforderung (Tabelle 3).

Die Begründungen in den Kommentaren bezogen sich hauptsächlich auf Menschenrechte, religiöse Pflichten und historische Gründe. Interessanterweise wurden antisoli-

darische Haltungen häufiger begründet als prosolidarische Claims, was annehmen lässt, dass in Krisenzeiten die Unterstützung von Flüchtlingen als „normal“ angesehen wird und nicht begründet werden muss (Abbildung 9). Die sozial nicht erwünschte Ablehnung von Flüchtlingen muss also begründet werden, während für ihre Unterstützung keine Begründung erforderlich ist.

Insgesamt ergibt unsere Analyse ein Bild von Facebook als Forum zur Auseinandersetzung mit den Mainstream-Diskursen. Frühere Untersuchungen haben ergeben, dass Facebook-Kommentare nicht als repräsentativ für die öffentliche Meinung angesehen werden sollten. Unsere Ergebnisse, die aus einer Analyse der beliebtesten Artikel und Kommentare stammen, deuten jedoch darauf hin, dass wir uns eingehender mit dieser Frage beschäftigen sollten, um besser zu verstehen, unter welchen Umständen Kommentare mehr oder weniger repräsentativ sein können. Hier ist auch eine Verbindung zu den Moderationsrichtlinien der Account-Inhaber herzustellen, denn diese können die Entwicklung von Diskussionen beeinflussen.

Schlussfolgerungen

Die öffentliche Diskussion um Solidarität mit Flüchtlingen wird in der Tat von Politikern und Interessensvertretern dominiert. Sie haben somit einen größeren Einfluss, aber auch mehr Verantwortung in Bezug auf die Entwicklung der Diskussion. Die europäische Welle der Solidarität, die im September 2015 aufbrandete, ebte ab, da die Politik sich auf das Migrationsmanagement und die auftretenden Probleme konzentrierte, statt eine Vision oder ein Narrativ der Solidarität zur Orientierung der Gesellschaft zu bieten. Es ist der Politik nicht gelungen, die Bürger davon zu überzeugen, dass es in Krisenzeiten erforderlich sein kann, zur Solidarität mit denen, die dieser dringend bedürfen, Komfortzonen neu festzulegen und Ängste zu überwinden. Nimmt man den Grundsatz der Solidarität,

dem sich die Europäische Union verschrieben hat, wörtlich, gibt es viel Raum für Verbesserungen.

Im September 2015 schien die von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Bürgern verbreitete Willkommenskultur zu dominieren, aber dieses Narrativ wurde vom politischen Management- und Problem-Diskurs in den Hintergrund gedrängt. Zu diesem Zeitpunkt war es für zivilgesellschaftliche Akteure und nicht politische Vertreter insgesamt schwieriger, in die Diskussion einzusteigen. Dies kann jedoch zu einer unnötigen Verstärkung der negativen Wahrnehmung der Krise beitragen und das Empfinden aufkommen lassen, die Menschen müssten abwarten, sich auf die Politik verlassen und könnten selbst nichts ändern. Ausgehend vom Beispiel der berühmten „Willkommenskultur“ in Deutschland ist es wichtig, zu zeigen, wie sich die Bürger beteiligen können und wie sie Solidarität mit denjenigen, die sie benötigen, fördern können.

Ebenso zeigen unsere Ergebnisse, insbesondere bei politischen Akteuren, eine sehr negative Tendenz in Bezug auf die Diskussion um Solidarität mit Flüchtlingen. Untersuchungen zu Medieneffekten haben gezeigt, wie Medieninhalte zu Migration und Flüchtlingen undemokratische Werte und das Erstarken extremer Parteien begünstigen können. In dieser Hinsicht tragen Politiker – und auch die Medien – durch die Förderung von Ungleichheit zur Aushöhlung des gesellschaftlichen Zusammenhalts bei. Wie bei der Gegenreaktionsdynamik der Facebook-Kommentare zu sehen, kann es jedoch sein, dass die Menschen einen zu positiven Diskurs als zynisch und ihre Unsicherheiten nicht ernst nehmend empfinden und darauf mit einer stärker negativen Haltung reagieren. Vor diesem Hintergrund sind Politiker und die Medien aufgerufen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und sich für einen ausgewogenen Diskurs einzusetzen. Die Themen müssen

zugänglich und sachlich ohne Stigmatisierung einzelner Gruppen, durch die die Ängste in einer Krise weiter geschürt werden können, diskutiert werden.

Unsere Ergebnisse zeigen insbesondere im Hinblick auf die Dynamik auf Facebook weder „ungehobelte“ Diskussionen in den sozialen Medien noch einen Unwillen der User, sich mit abweichenden Meinungen auseinanderzusetzen. Vielmehr antworten die Kommentatoren häufig direkt auf Claims oder Themen, die in den Artikeln behandelt werden. Wir haben uns zwar nicht mit Kommentaren in Zusammenhang mit direkten Antworten auf diese Kommentare befasst, aber es scheint, dass die User also durchaus ansprechbar sind und reagieren. Dies ist ein Aspekt, der stärker in den Fokus treten kann. Außerdem ist die Interaktivität in sozialen Medien (beispielsweise Diskussionen zwischen den Inhabern eines Facebook-Accounts und den Kommentatoren) zwar derzeit noch nicht ausreichend erforscht, wird aber oft als ungenutztes Potential gesehen. Daher sollten Politiker keine Angst haben bzw. nicht zögern, sich auf direkte Unterhaltungen mit Kommentatoren einzulassen.

Ein weiterer Grund, warum Strategien für soziale Medien interaktiver ausgelegt werden sollten, liegt darin, dass die Reaktionsfreudigkeit der Kommentatoren zur Aufhetzung und Mobilisierung gegen Flüchtlinge ausgenutzt werden kann. Befürworter der Solidarität sollten also das Feld nicht den Gegnern der Solidarität überlassen. Insbesondere politische Akteure, die eher auf Seiten der Flüchtlinge stehen, sollten ihre Bemühungen um stärkere Sichtbarkeit in den (sozialen) Medien verstärken und Moderationsrichtlinien zur Förderung einer „zivilen“ Diskussion durchsetzen. Sprecher können vor allem durch den Fokus auf prosolidarische Strategien die Diskussionen in den sozialen Medien lenken und so zu einem ausgewogenen Diskurs zur Solidarität mit Flüchtlingen beitragen.

Die Politik sollte eine Stimme der Solidarität sein und sich nicht einem Opportunismus um die kurzzeitige Aufmerksamkeit der Medien und der Öffentlichkeit hingeben. Sie sollte die Anliegen der Zivilgesellschaft öffentlich unterstützen oder sie in ihre Claims und Aktivitäten einbeziehen. Dies könnte nicht nur die Bürger motivieren, sich zusammenzuschließen und zu engagieren, sondern auch Solidarität fördern, indem ihre Unterstützer eine Stimme bekommen. Langfristig könnten so allgemeine Ängste verringert und der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft gestärkt werden.

Forschungsparameter

TransSOL ist ein von der EU finanziertes Forschungsprojekt zur Beschreibung und Analyse von Solidaritätsinitiativen und -praktiken in einer Zeit, in der die Existenz der EU durch die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008, den Umgang mit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ und das Ergebnis des Brexit-Referendums 2017 hinterfragt wird. Das fünfte TransSOL-Arbeitspaket umfasste eine systematische Untersuchung der Inhalte von Printmedien und sozialen Medien zur Analyse von kollektiven Identitäten und Solidarität in der Öffentlichkeit mit ausdrücklichem Fokus auf der „Flüchtlingskrise“ 2015/2016. Ziel war es, die Dynamiken und Muster der Diskussion um Solidarität mit Flüchtlingen in acht Ländern zu verstehen. Dabei wurden sowohl der Diskurs in den Mainstream-Medien als auch die Reaktionen darauf in Kommentaren in den sozialen Medien berücksichtigt. Genauer gesagt stützen wir uns auf die anerkannten Methoden zur Analyse von Claims in den drei größten Zeitungen in Dänemark, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Polen und im Vereinigten Königreich sowie in den fünf größten Zeitungen der Schweiz. Außerdem haben wir uns die jeweiligen Facebook-Seiten der Zeitungen angeschaut und die unter den am meisten kommentierten Artikeln veröffentlichten User-Kommentare mit den meisten „Likes“ analysiert.

Als Claims definierten wir verbale und non-verbale Äußerungen im öffentlichen Bereich durch einen Akteur (einschließlich Personen, die sich an solidarischen Handlungen beteiligen) zu den Interessen, Bedürfnissen oder Rechten von Flüchtlingen. Solidaritätsclaims werden durch die Stärkung, Bekräftigung oder Unterstützung oder aber durch die Ablehnung, Schwächung oder Zurückweisung dieser Interessen, Bedürfnisse oder Rechte von Flüchtlingen ausgedrückt. Insgesamt haben wir rund 700 Claims pro Land, insgesamt 6.093 Claims, sowie 300 Kommentare pro Land (2.400) kodiert. Zwar lassen sich beide Arten von Daten, Claims und Kommentare, unabhängig voneinander untersuchen, aber die Struktur unseres Datensatzes ermöglicht die Verbindung der beiden Datenarten, so dass die Forscher Claims in Zeitungen direkt den entsprechenden Facebook-Kommentaren gegenüberstellen können.

Bei der Analyse der Claims gab es einige zentrale Variablen: Sprecher (z.B. Premierminister), Form des Claims (z.B. Rede im Parlament), Thema (z.B. Grenzmanagement), Haltung gegenüber Flüchtlingen (z.B. positiv oder negativ) und zugrundeliegende Begründung (z.B. pragmatische Interessen). Außerdem wurden die Empfänger, an die sich eine Handlungsaufforderung richtete, kodiert. Darüber hinaus haben wir die Akteure, denen etwas im positiven oder negativen Sinne angerechnet wurde, kodiert. Und schließlich haben wir auch die Ebenen und Staatsangehörigkeiten aller an dem Claim Beteiligten kodiert. Die Analyse der Kommentare folgte einem ganz ähnlichen Muster, da wir auch die Kodierung von Claims in Kommentaren vorgesehen hatten. Weitere Merkmale der Kommentare wurden anhand folgender Fragen erfasst: Bezog sich der Kommentar auf den Artikel, unter dem er veröffentlicht wurde, oder einen darin gemachten Claim? Oder enthielt er nur einen Beitrag zur breiteren Diskussion um die Flüchtlingskrise? Die Reliabilität dieser Variablen wurde durch mehrere Tests innerhalb der nationalen Teams und

zwischen den acht beteiligten Teams ausführlich überprüft. Manche Variablen erwiesen sich als problematischer als andere, aber die Leiter des Arbeitspakets konnten die Kodierer soweit schulen, dass die Datenbank für zuverlässige Rückschlüsse zum Status der Solidarität mit Flüchtlingen in der Öffentlichkeit verwendbar ist.

Anhang

Abbildung 1: Verteilung von Solidaritätsclaims in Zeitungen im Zeitverlauf

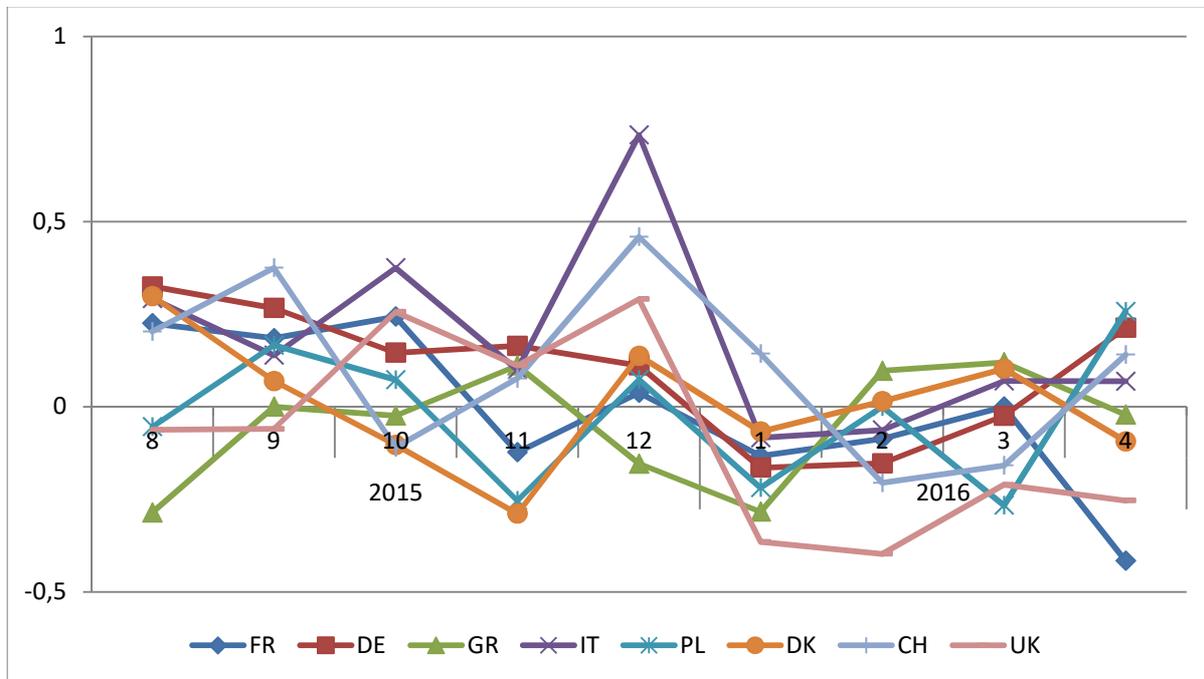


Abbildung 2: Durchschnittliche Haltung von politischen und anderen Akteuren im Zeitverlauf

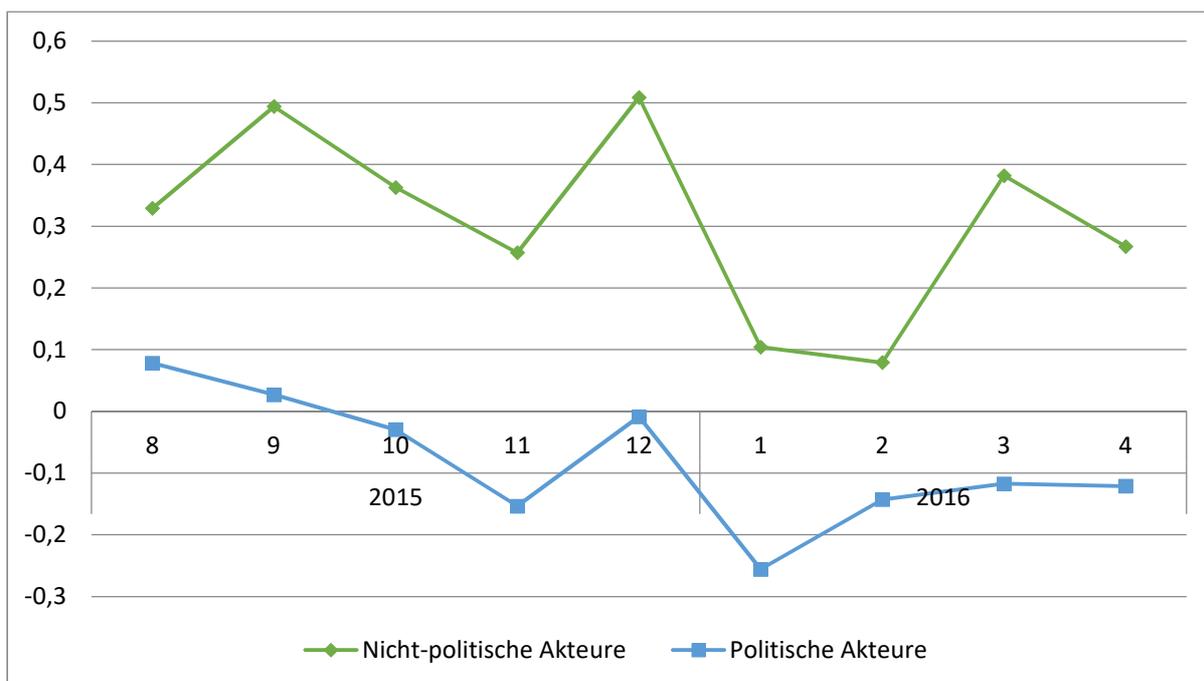


Abbildung 3: Durchschnittliche Haltung von Sprechern nach ihrer Ebene

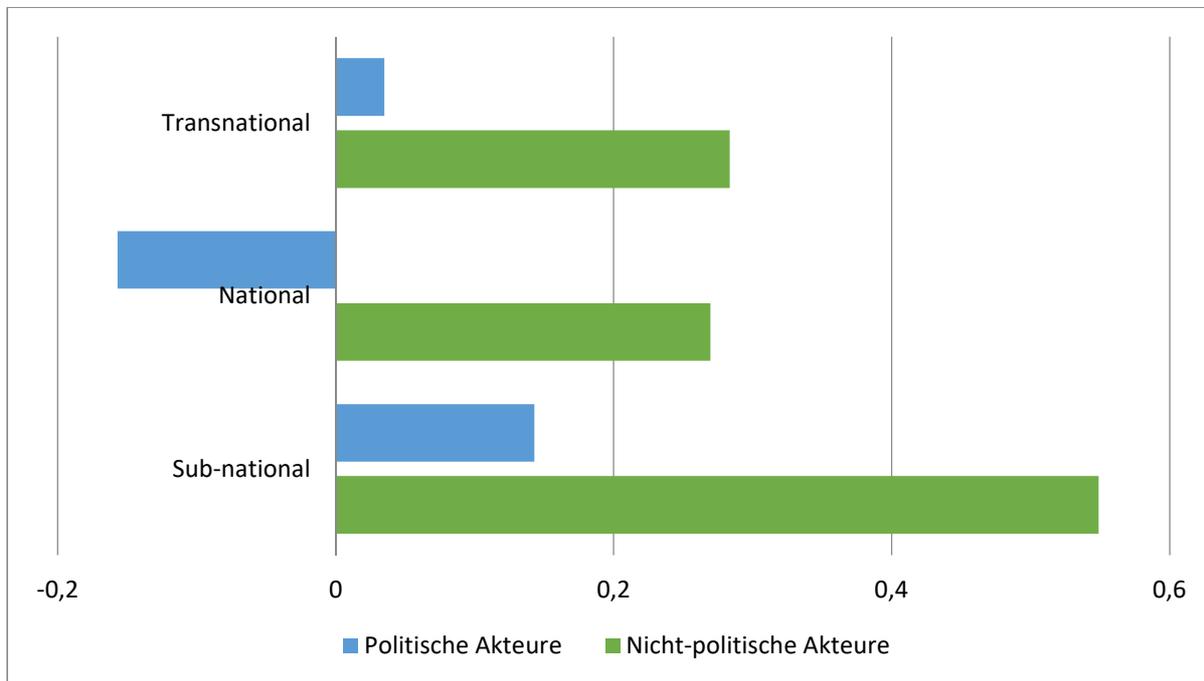


Abbildung 4: Durchschnittliche Haltung von Akteuren nach Staatsangehörigkeit des Sprechers

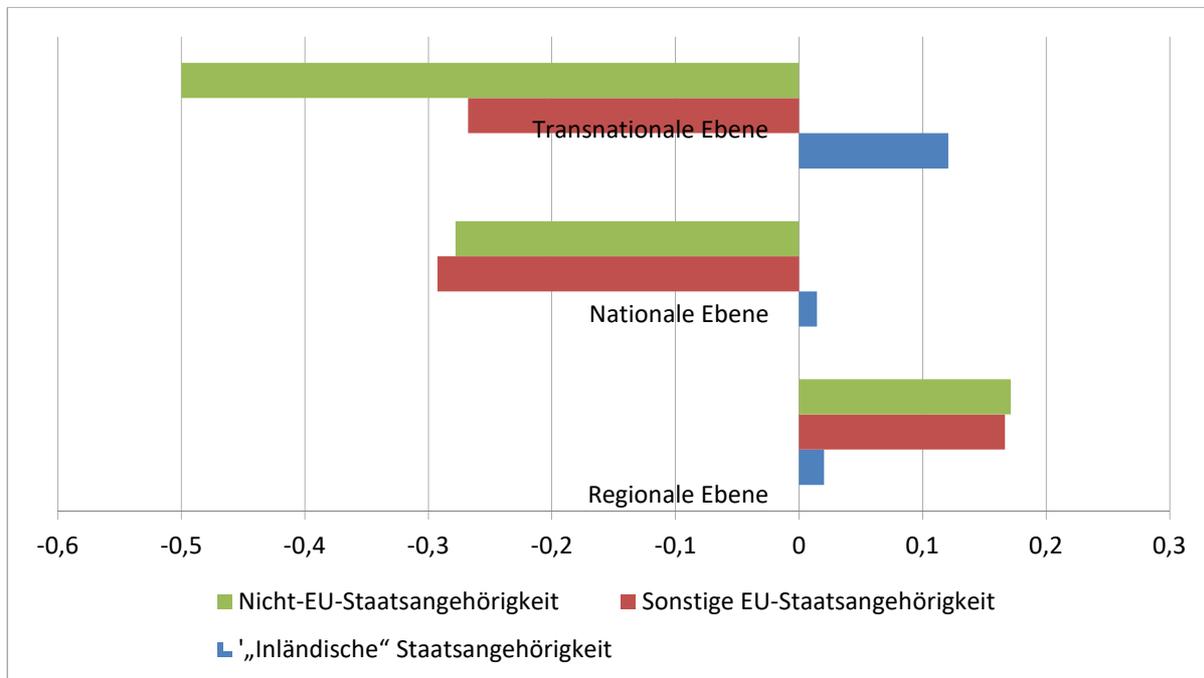


Abbildung 5: Durchschnittliche Haltung nach Themen in Solidaritätsclaims nach Ländern

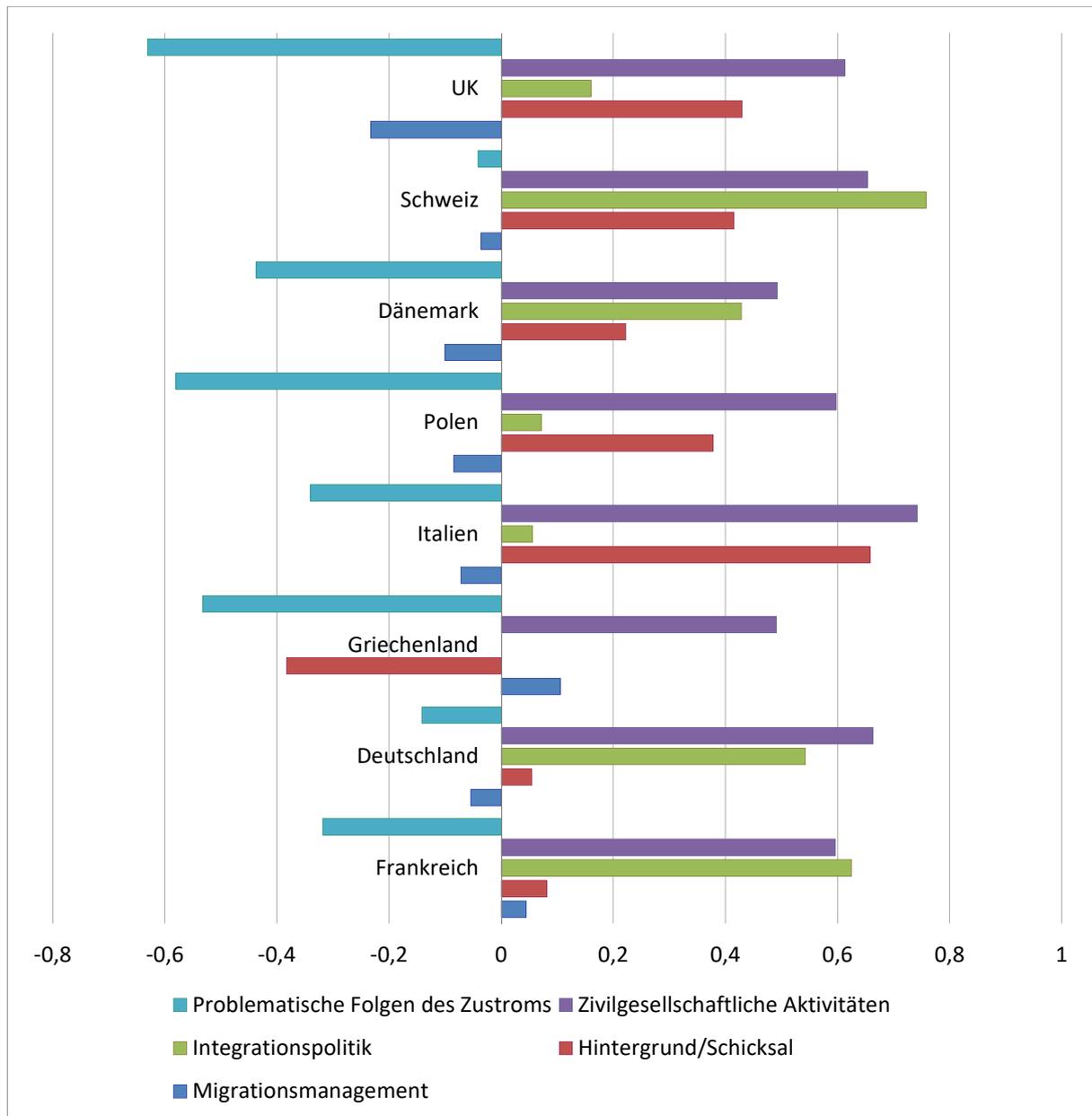


Abbildung 6: Aktionsformen nach politischen/anderen Akteuren und Land in Zeitungsclaims

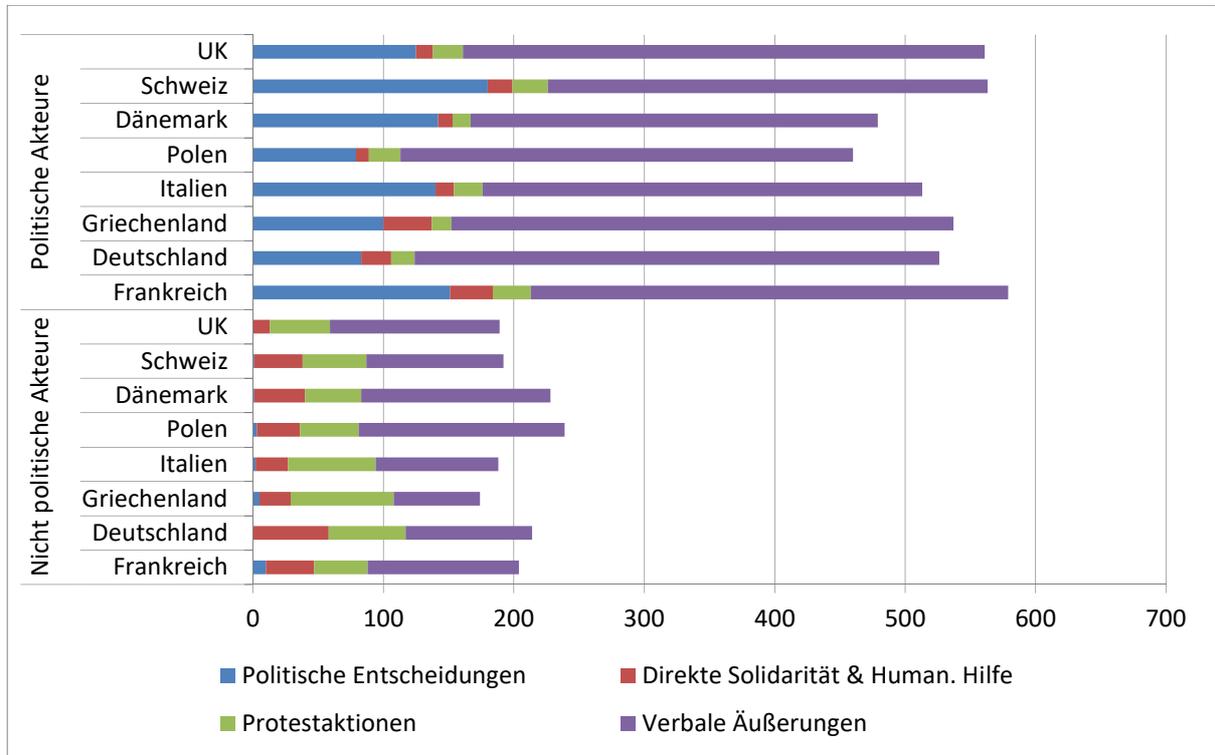


Abbildung 7: Begründungen von Zeitungsclaims und durchschnittliche Haltung

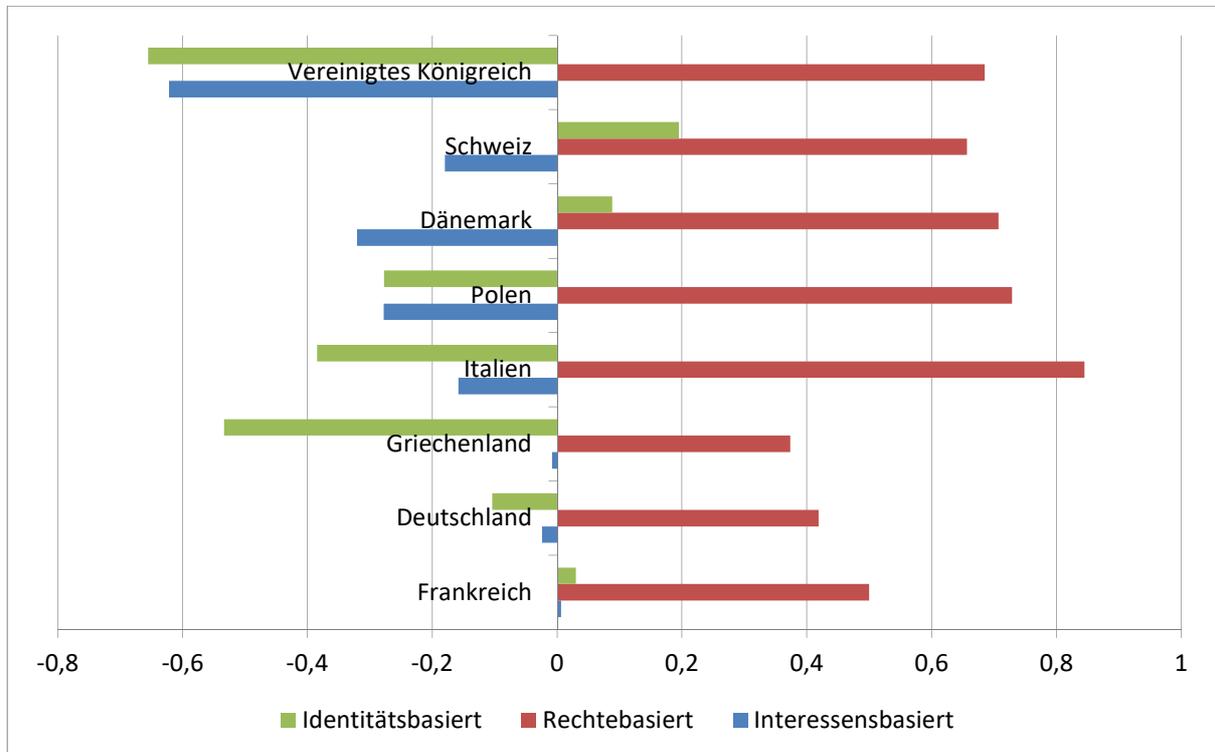


Abbildung 8: Vergleich von Diskussionsthemen in Onlineclaims und Kommentaren

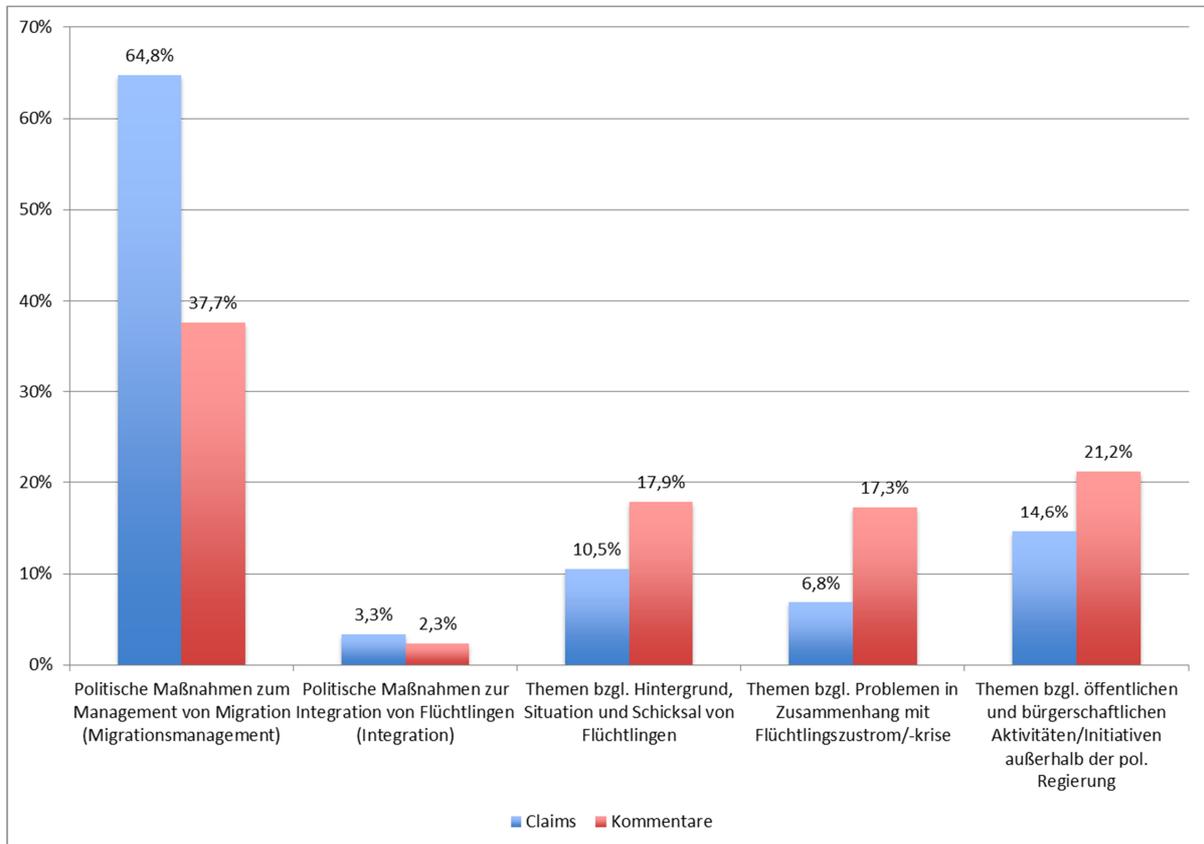


Abbildung 9: Tendenz von Kommentaren mit und ohne Begründung

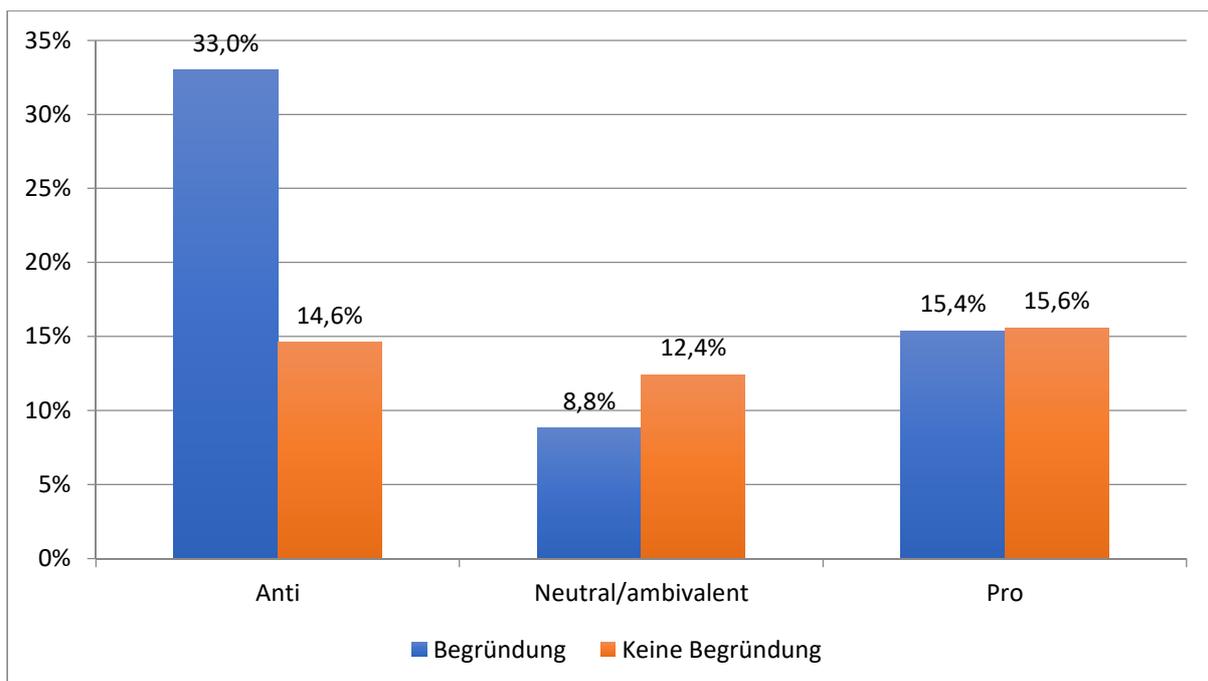


Abbildung 10: Anteile der verschiedenen Arten von Kommentaren

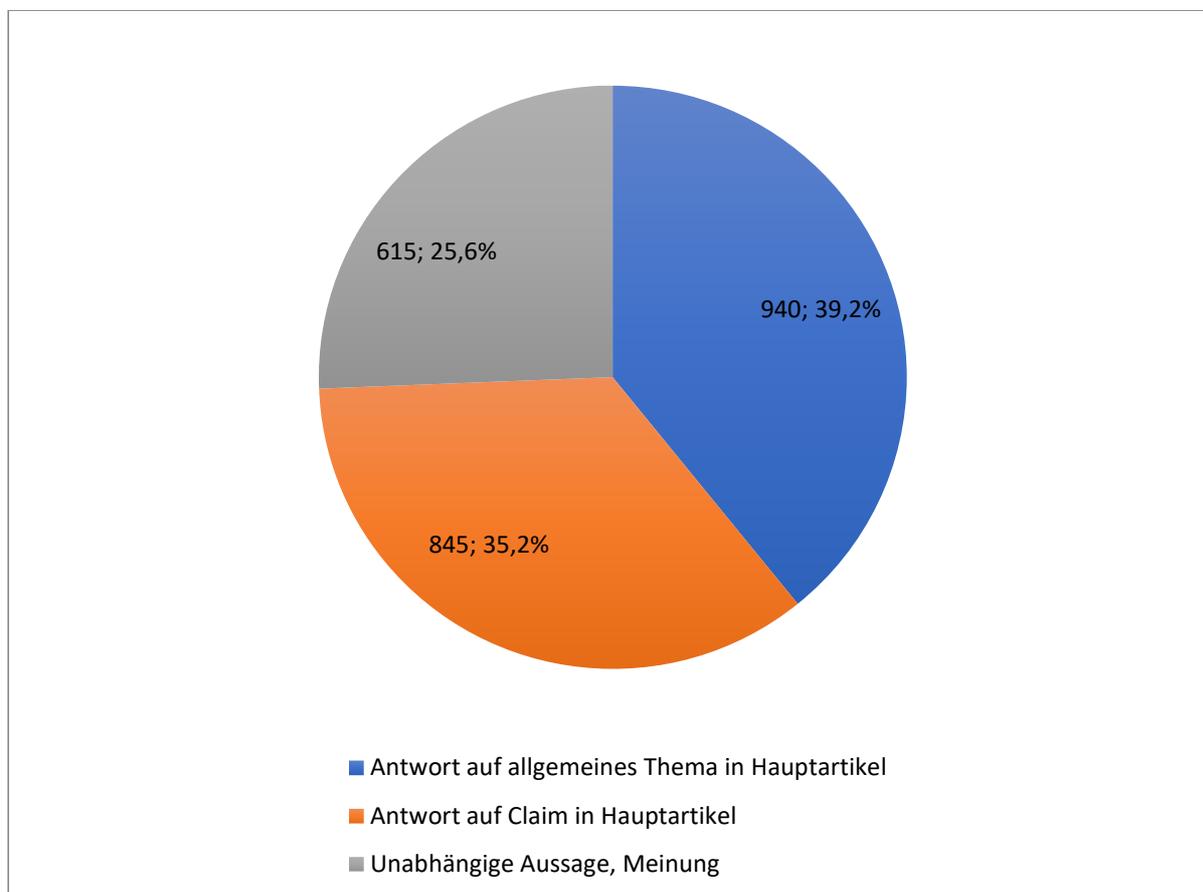


Tabelle 1: Handlungsaufforderungen in Kommentaren (in Prozent)

	Politische/ rechtliche Maß- nahme	Direkte Solidarität	Mobili- sierung von huma- nitärer Hilfe	Protest- aktionen	Repressive Maß- nahmen	Online- Mobili- sierung	Sonstige	Keine Hand- lungs- auffor- derung
FR	30,7	2,6	0,7	1,8	0,0	9,1	0,4	54,7
DE	10,9	3,5	0,0	0,0	0,0	0,5	5,5	79,6
GR	4,3	1,4	0,0	1,1	0,4	0,0	0,0	92,8
IT	3,3	8,8	0,4	0,0	0,8	0,0	20,5	66,1
PL	8,4	1,7	0,0	0,4	0,8	0,0	3,8	84,9
DK	17,2	6,0	0,0	0,4	1,7	0,0	8,2	66,4
CH	16,7	4,4	0,7	0,3	0,7	0,0	4,8	72,4
UK	22,7	5,4	0,4	0,4	0,0	1,5	4,2	65,4
Σ	14,6	4,2	0,3	0,6	0,5	1,5	5,7	72,6

Tabelle 2: Themen der Claims zur „Flüchtlingskrise“ nach Land (in Prozent)

	Migrations- management	Integration	Hintergrund von Flücht- lingen	Folgen der Flüchtlings- krise	Öffent- liche/Bür- gerinitiativen	Summe
FR	64,9	5,2	10,9	11,9	7,1	100,0
DE	49,9	8	12,3	16,2	13,6	100,0
GR	66,1	2,9	11,6	11	8,4	100,0
IT	65,5	2,6	15,4	7,1	9,4	100,0
PL	62,4	4	10,6	9,9	13,1	100,0
DK	66,5	8,9	7,6	7,8	9,2	100,0
CH	66,1	4,2	8,4	6	15,3	100,0
UK	68,1	3,2	15,9	8,6	4,2	100,0
Summe	63,7	4,9	11,6	9,8	10	100,0

Tabelle 3: Formen der Zeitungsclaims zur „Flüchtlingskrise“ nach Land (in Prozent)

	Politische Entschei- dungen	Direkte Solidarität + Humanitäre Hilfe	Protest- Maßnahmen	Verbale Äußerungen	Unbekannt	Summe
FR	21,4	9,5	8,9	59,9	0,3	100,0
DE	11,2	11	10,4	67,4	0,0	100,0
GR	15	9,1	13,9	61,9	0,0	100,0
IT	20,3	5,6	12,7	61,5	0,0	100,0
PL	11,8	6,1	9,8	72,2	0,0	100,0
DK	20,3	7,1	8,1	64,6	0,0	100,0
CH	24,4	8,3	9,7	57,7	0,0	100,0
UK	16,8	3,4	9,4	70,4	0,0	100,0
Summe	17,7	7,5	10,4	64,4	0,0	100,0

Tabelle 4: Onlineclaims und Kommentare nach Tendenz

	Zeitungsclaims			Kommentare		
	Anti	Neutral	Pro	Anti	Neutral	Pro
Frankreich	28,5 %	24,5 %	47 %	53,3 %	26,3 %	20,4 %
Deutschland	22,6 %	28,2 %	49,2 %	55,2 %	21,4 %	23,4 %
Griechenland	41,5 %	17 %	41,5 %	24,6 %	42 %	33,3 %
Italien	31,9 %	22,3 %	45,8 %	27,6 %	23 %	49,4 %
Polen	27,2 %	29 %	43,8 %	75,3 %	15,9 %	8,8 %
Dänemark	39,3 %	14,5	46,2 %	47,4 %	12,9 %	39,7 %
Schweiz	24 %	14,4 %	61,6 %	48,8 %	16,4 %	34,8 %
UK	40,7 %	24,6 %	34,7 %	52,3 %	10 %	37,7 %
Summe	30,7 %	22,3 %	47 %	47,7 %	21,3 %	31,1 %